

Christian Tietje

Individualrechte im
Menschenrechts- und
Investitionsschutzbereich
– Kohärenz von Staaten- und
Unternehmens-
verantwortung?

Heft 120

Juni 2012

**Individualrechte im Menschenrechts- und
Investitionsschutzbereich
– Kohärenz von Staaten- und
Unternehmensverantwortung?**

Von

Christian Tietje

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Christian Tietje, LL.M. (Michigan) ist Direktor des Instituts für Wirtschaftsrecht, Leiter der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht (TELC) sowie Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europarecht und internationales Wirtschaftsrecht an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Christian Tietje/Gerhard Kraft/Matthias Lehmann (Hrsg.), Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht, Heft 120

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://www.dnb.ddb.de> abrufbar.

ISSN 1612-1368 (print)

ISSN 1868-1778 (elektr.)

ISBN 978-3-86829-495-8 (print)

ISBN 978-3-86829-496-5 (elektr.)

Schutzgebühr Euro 5

Die Hefte der Schriftenreihe „Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht“ finden sich zum Download auf der Website des Instituts bzw. der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht unter den Adressen:

<http://institut.wirtschaftsrecht.uni-halle.de/de/node/23>

<http://telc.jura.uni-halle.de/de/node/23>

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Universitätsplatz 5
D-06099 Halle (Saale)
Tel.: 0345-55-23149 / -55-23180
Fax: 0345-55-27201
E-Mail: ecohal@jura.uni-halle.de

INHALTSVERZEICHNIS

A. Einleitung	5
B. Allgemeiner Menschenrechtsschutz: Die Pflichtentrias des „respect, protect, fulfil“	7
C. Menschenrechte und Unternehmen: Protect, Respect and Remedy Framework...	10
D. Zwischenfazit	13
E. Individualrechte im Investitionsschutzrecht.....	13
I. Ausgangspunkt: individuelle Freiheitsverwirklichung	15
II. Schutz und effektive Verwirklichung von Investorenrechten	16
III. Menschenrechte und Investitionsschutzrecht im Rechtsdialog.....	17
IV. Investorenrechte unter menschenrechtlichem Vorbehalt.....	19
F. Zusammenfassung: Kohärenz von Menschenrechtsschutz und Unternehmensverantwortung.....	19
Schrifttum	22

A. Einleitung

Das internationale Investitionsschutzrecht ist gegenwärtig durch eine kaum noch zu überschauende schiedsgerichtliche Praxis gekennzeichnet. Es gibt gegenwärtig weit mehr als 300 bekannte und eine ebenso substantielle Anzahl vertrauliche, der Öffentlichkeit im Einzelnen nicht bekannte Verfahren. Hinzu kommt eine auf diese Praxis in weiten Bereichen reagierende, weitreichende publizistische Diskussion. Betrachtet man die insofern vorliegende Masse an Material, zeigen sich die folgenden Besonderheiten: die Praxis des internationalen Investitionsschutzrechts ist durch schiedsgerichtliche Entscheidungen geprägt. Dabei handelt es sich sowohl um ad hoc wie auch um institutionalisierte Schiedsgerichtsbarkeit.¹ Trotz gewisser Unterschiede dieser beiden Arten der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit steht die einzelfallbezogene, immer nur die Lösung eines ganz konkreten Falles fokussierende Zielrichtung dieses Konfliktlösungsmechanismus im Vordergrund. In der Folge sind Schiedsgerichte nur sehr zaghaft bereit, ihre Entscheidungen bzw. rechtlichen Überlegungen in ein System bereits vorliegender Schiedssprüche einzupassen.² Diese sehr auf den Einzelfall konzentrierte schiedsgerichtliche Praxis korrespondiert mit zahlreichen, vielleicht sogar der Mehrzahl von thematisch einschlägigen Publikationen, die sich im Schwerpunkt mit einzelnen Schiedssprüchen auseinandersetzen. Die insofern weitreichende Einzelfallbezogenheit im internationalen Investitionsschutzrecht führt dazu, dass übergreifende, auf eine Systemdurchdringung ausgerichtete wissenschaftliche Analysen zum internationalen Investitionsschutzrecht eher die Ausnahme sind.³ Die fehlende systematische Durchdringung des internationalen Investitionsschutzrechts ist für sich schon ein Problem, was sich nochmals intensiviert, wenn man die Perspektive des allgemeinen Völkerrechts einnimmt. Internationales Investitionsschutzrecht ist weiterhin jedenfalls auch von Grundzügen und einem Vorverständnis geprägt, die ihre Ursprünge in der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit haben. Erst in jüngerer Zeit sind wissenschaftliche Ansätze dahingehend erkennbar, das internationale Investitionsschutzrecht in einen größeren völkerrechtlichen Kontext einzufügen.⁴

Die lange Zeit isolierte Stellung des internationalen Investitionsschutzrechts hat dazu geführt, dass diese Rechtsmaterie vielfach in einer tendenziell konfliktorientierten Perspektive gesehen wird und zum Teil auch operiert. In deutlicher Verkürzung der Problematik und letztlich ohne wissenschaftliche Substanz haben so zum Beispiel

* Dieser Beitrag wird im Jahre 2013 in leicht modifizierter Fassung auch in der Festschrift für Eibe Riedel erscheinen.

¹ Zur Differenzierung *Tietje*, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im öffentlichen Recht, § 4 Rn. 10 ff.

² Zu „Zitierpraxis“ und der zugrundeliegenden Dogmatik in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit siehe *Kaufmann-Kohler*, *Arbitration International* 23 (2007), 357 (368 ff.); *dies.*, in: Banifatemi/Gaillard (Hrsg.), *Precedent in International Arbitration*, Series on International Arbitration No. 5, 137 (138 ff.).

³ Siehe zu dieser Feststellung bereits *Schill*, *ZaöRV* 2011, 247 (248).

⁴ Ausführlich bereits *Bering/Braun/Lorz/Schill/Tams/Tietje*, *General Public International Law and International Investment Law*; siehe jüngst auch *Alvarez*, *The Public International Law Regime Governing International Investment*, 406 ff.

vor einiger Zeit u.a. einige Hochschuldozenten eine Erklärung veröffentlicht, die sich dezidiert und einseitig gegen das internationale Investitionsschutzrecht wendet.⁵ Ganz in diesem Sinne ist das internationale Investitionsschutzrecht regelmäßiger Kritik von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Hinblick auf dessen behaupteter Gefahr für den Menschenrechtsschutz ausgesetzt. Auf der anderen Seite des Spektrums gibt es durchaus auch schiedsgerichtliche Urteile, die es explizit abgelehnt haben u.a. menschenrechtliche Rechtsinstitute anzuwenden.⁶ In einem übergreifenden Sinne werden insofern auch die rechtlichen Herausforderungen, die sich in Situationen ergeben, in denen internationales Investitionsschutzrecht in seiner konkreten Anwendung auf eine rechtliche Wertung oder sogar konkrete Rechtsregeln stößt, die einem anderen Gebiet des Völkerrechts entstammen, regelmäßig nur im kollisionsrechtlichen Sinne konfligierender Rechtsnormen analysiert.⁷ Insofern setzt sich auch im Investitionsschutzrecht die Debatte fort, die aus dem Welthandelsrechts unter den Stichworten „trade and ...“ bekannt ist.⁸ So sinnvoll es auf der einen Seite sicherlich ist, auch im internationalen Investitionsschutzrecht rechtsdogmatisch Antworten auf Situationen einer Kollision von rechtlichen Wertungen des Investitionsschutzrechts und anderer Rechtsbereiche des Völkerrechts zu finden, so problematisch ist auf der anderen Seite, dass durch diese letztlich einseitige Perspektive der Blick auf übergeordnete, systemische Erklärungsansätze versperrt wird.

Im nachfolgenden soll eine Skizze zu einer systemischen Gesamtbetrachtung menschenrechtlicher und investitionsschutzrechtlicher Wertungen im internationalen Recht entwickelt werden. Zentraler Ausgangspunkt der Untersuchung sind die Schutz- und Verpflichtungsdimensionen im Hinblick auf Individualrechte im Völkerrecht, konkret im Bereich wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte. Die Untersuchung wird dabei die jüngeren Rechtsentwicklungen im Bereich der so genannten Corporate Social Responsibility (CSR) im Hinblick auf Menschenrechte mit einbeziehen. Insofern soll eine Perspektive eingenommen werden, die im Ergebnis die maßgeblichen Akteure berücksichtigt: den Staat, das Individuum und Unternehmen. In dieser dreidimensionalen Akteursperspektive gilt es zu untersuchen, inwieweit sich u.a. die klassische Pflichtentrias des „respect, protect, fulfil“ eignet, nicht nur im engeren bipolaren Verhältnis von Staat und Individuum mit Blick auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, sondern darüber hinausgehend insgesamt als Erklärungsansatz für eine konzeptionelle Durchdringung der rechtsstaatlichen Orientierung des internationalen Investitionsschutzrechts zu dienen. Es geht weniger um die Lösung konkreter dogmatischer Probleme namentlich in Rechtskollisionssituationen, sondern vielmehr um den Versuch einer übergeordneten Systembildung. Dazu wird in einem ersten Schritt kurz auf die bekannte Pflichttrias des „respect, protect, fulfil“

⁵ Public Statement on the International Investment Regime vom 31. August 2010, verfügbar unter: <http://www.osgoode.yorku.ca/public_statement> (besucht am 29.03.2012).

⁶ Siehe z.B. *Siemens A.G. v. The Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/02/08, Award v. 06. Februar 2007, para. 354.

⁷ *Tietje*, ICSID Review – FILJ 24 (2009), 457 (460).

⁸ WTO, *United States – Standards for Reformulated and Conventional Gasoline*, Report of the Appellate Body vom 29. April 1996, WT/DS2/AB/R, para. 17 “[T]he General Agreement is not to be read in clinical isolation from public international law”.

eingegangen (B.). Anschließend sind die aktuellen Entwicklungen im Bereich der CSR darzustellen, die einen unmittelbaren Bezug zur genannten Pflichtentrias aufweisen (C.). Hierauf aufbauend ist dann jedenfalls im Überblick darzustellen, wie sich das gegenwärtige rechtspositive Verhältnis von internationalem Investitionsschutzrecht zu menschenrechtlichen Rechtsgarantien und Rechtsinstituten in der Praxis der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit darstellt (D.). Im Ergebnis können dann Ansätze der bereits angedeuteten übergreifenden Systembildung herausgearbeitet werden (E.).

B. Allgemeiner Menschenrechtsschutz: Die Pflichtentrias des „respect, protect, fulfil“

Die Entwicklung des innerstaatlichen, insbesondere aber auch des völkerrechtlichen Menschenrechtsschutzes wurde lange Zeit und zum Teil bis heute verbunden mit der Lehre von den drei Dimensionen der Menschenrechte.⁹ Im Kern geht es bei der Klassifizierung der drei Dimensionen der Menschenrechte um den Versuch, die historische Entwicklung des Menschenrechtsschutzes in Verbindung zu bringen mit sozio-ökonomischen Realitäten der Gegenwart. Insofern ist die Lehre von den drei Dimensionen der Menschenrechte auch klar zeitgeschichtlich geprägt. Maßgeblich waren die politischen Entwicklungen insbesondere in den 1970er Jahren. Die Diskussion über eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ war auch für die politische und rechtliche Entwicklung sowie wissenschaftliche Durchdringung des internationalen Menschenrechtsschutzes prägend.¹⁰

Im Einzelnen wurden und werden die Menschenrechte der ersten Dimension mit dem klassischen Ausgangspunkt der historischen Entwicklung des Individualrechtsschutzes beginnend mit der Magna Carta Libertatum aus dem Jahre 1215 verbunden. Menschenrechte der ersten Dimension können insofern verkürzt als Abwehrrechte des Bürgers gegenüber staatlicher Hoheitsgewalt charakterisiert werden.¹¹ Zweitdimensionsrechte finden ihre historische Wurzel im Zeitalter der Industrialisierung. Sie weisen damit schon aus historischer Perspektive einen deutlichen Bezug zu heute wieder aktuellen Diskussionen zu Menschenrechten und Einzelphänomenen dessen, was als ökonomische Globalisierung bezeichnet wird, auf. Die Rechte der zweiten Dimension können in diesem Sinne als soziale Rechte wie das Recht auf Arbeit und die Koalitionsfreiheit bezeichnet werden.¹² Die Menschenrechte der dritten Dimension sind schließlich im unmittelbaren Zusammenhang mit der bereits genannten Diskussion zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung insbesondere der 1970er Jahre zu sehen. Viele Einzelheiten der Drittdimensionsrechte sind bis heute unklar. Aber es kann zumindest konstatiert werden, dass sich die Diskussion hierzu von einer zunächst ausschließlichen politischen Forderung nach einem egalitären internationalen Wirtschafts- und Sozialsystem mit in der Konsequenz intensiven Umverteilungen aus dem „reichen“ Norden in den „armen“ Süden im Laufe der Zeit zunehmend hin zu

⁹ Riedel, EuGRZ 1989, 9 ff.

¹⁰ *Ibid.*, 13.

¹¹ *Ibid.*, 11.

¹² *Ibid.*, 12.

einem Konsens im Hinblick auf die Notwendigkeit einer weltweiten Befriedigung von materiellen und immateriellen Grundbedürfnissen verschob.¹³ Im Kern resultierte hieraus u.a. die Diskussion über das Recht auf Entwicklung, dessen „Geburt“ sich im Jahre 2011 zum 25. Mal jährte.¹⁴ Gerade die Diskussion zu einem „Recht auf Entwicklung“ zeigt, wie im internationalen menschenrechtlichen Diskurs ein zunächst sehr deutlich kollektivistisch konstruiertes Rechtsinstitut im Laufe der Zeit eine klare individualrechtliche und damit im positiven rechtsstaatlichen Sinne operable Ausrichtung erfahren kann. Das ändert freilich nichts an der Frage, ob die politischen und wissenschaftlichen Anstrengungen zur Etablierung eines Rechts auf Entwicklung insgesamt Gewinn bringend sind.¹⁵

Die Diskussion über die drei Dimensionen der Menschenrechte hat zwischenzeitlich weit gehend ihre Relevanz verloren. Das liegt unter anderem daran, dass sich der menschenrechtliche Diskurs sowohl in der Wissenschaft wie auch in der internationalen Praxis zunehmend und heute letztlich ausschließlich im Rahmen der Pflichtentrias des „respect, protect, fulfil“ bewegt. Diese Systematisierung geht im Kern auf Ausführungen von Henry *Shue* aus dem Jahr 1980 zurück,¹⁶ die später von Asbjørn *Eide* im heutigen Sinne der Formel „respect, protect, fulfil“¹⁷ geprägt wurden. Im Wesentlichen ging es darum, zunächst die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, später die Menschenrechte allgemein als – in deutscher Terminologie – Abwehr-, Leistungs- und Schutzrechte zu konstruieren. Die Verpflichtung „to respect“ weist insofern darauf hin, dass der Staat nicht in die Sphäre individueller Freiheitverwirklichung des Individuums intervenieren soll. Dabei wird bewusst davon ausgegangen, dass Ausgangspunkt menschenrechtlicher Überlegungen immer individuelle Freiheit als solche ist.¹⁸ Der Hinweis auf „to protect“ ist im Sinne einer staatlichen Schutzpflicht dahingehend zu verstehen, Maßnahmen zu ergreifen, damit andere Individuen nicht Freiheitsrechte des Individuums verletzen. Mit der Verpflichtung „to fulfil“ ist schließlich die Notwendigkeit angesprochen, dass der Staat positive Maßnahmen er-

¹³ *Ibid.*, 12 f.; ausführlich zu den Diskussionen im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1 Rn. 52 ff.; *Weiß*, in: Delbrück/Hofmann/Zimmermann (Hrsg.), German Yearbook of International Law 46 (2004), 171 (173 ff.).

¹⁴ UN Dok. A/RES/41/128 v. 4. Dezember 1986: UN Declaration on the Right to Development; *Riedel*, in: Wolfrum/Philipp (Hrsg.), United Nations: law, policies and practice, 1103 (1109, Rn. 3).

¹⁵ Ausführlich hierzu *Tietje*, in: Dicke/Hobe/Meyn *et al.* (Hrsg.), Weltinnenrecht – Liber amicorum Jost Delbrück, 783 (800 ff.).

¹⁶ *Shue*, Basic Rights, Subsistence, Affluence and U. S. Foreign Policy, 52 f.; hierzu und insgesamt zur Thematik *Klee*, Die progressive Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte, 101.

¹⁷ *Eide*, Report on the Right to Adequate Food as a Human Right, UN Doc. E/CN.4/Sub.2/1987/23, §§ 66 ff.; *ders.*, HRLJ 10 (1989), 35 (37); *Klee*, Die progressive Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte, 101.

¹⁸ Siehe hierzu statt vieler die eindringlichen Formulierungen aus dem jeweils 3. Absatz der Präambel des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte sowie der Präambel des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, wo es heißt: „[...] daß nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Ideal vom freien Menschen, der [bürgerliche und politische Freiheiten genießt und] frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn [...]“.

greift damit die Voraussetzungen der individuellen Freiheitsausübung überhaupt gegeben sind.¹⁹ Obwohl diese Kategorisierung menschenrechtlicher Verpflichtungen ursprünglich, wie bereits angedeutet, auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte und damit den nicht einfach zu erfassenden Art. 2 Abs. 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPWSKR) bezogen war, bestimmt sie heute den menschenrechtlichen Diskurs insgesamt. Auf den IPWSKR bezogen hat sich die Anwendung der Pflichtentrias umfassend in der Praxis insbesondere des Ausschusses des Paktes etabliert und ist von einem Konsens in der Staatenpraxis getragen.²⁰

Die Klassifizierung staatlicher Verpflichtungen im Menschenrechtsbereich im oben genannten Sinne darf nicht dahingehend verstanden werden, dass die drei Pflichtenkategorien einheitliche, nur in ihrer Schutzrichtung zu unterscheidende rechtsnormative Sollensvorgaben enthalten. Vielmehr ist die Pflichtentrias des „respect, protect, fulfil“ im Zusammenhang mit zwei zentralen menschenrechtlichen Rechtsinstituten zu sehen: der Ressourcenabhängigkeit von Verhaltens- und Erfüllungspflichten gemäß Art. 2 Abs. 1 IPWSKR²¹ sowie der Lehre vom staatlichen Beurteilungsspielraum (margin of appreciation).²² Ungeachtet aller dogmatischen Fragen, die sich im Zusammenhang mit den beiden genannten Rechtsinstituten stellen, bringen sie zumindest zum Ausdruck, dass es eine differenzierte Verpflichtungsintensität im Regelungsgefüge des „respect, protect, fulfil“ gibt. Wie menschenrechtliche Verpflichtungen zu erfüllen sind, ist insofern immer abhängig von der Art der Verpflichtung im Sinne der Differenzierung zwischen Abwehr-, Schutz- und Leistungspflichten im Kontext des konkreten Sachverhaltes zu ermitteln. Unabhängig von Einzelheiten können damit übergreifende wie auch konkrete Aussagen zu menschenrechtlichen Pflichten von Staaten gerade im Bereich des internationalen Wirtschaftsrechts getroffen werden. Das betrifft u.a. Einzelfragen wirtschaftspolitischer Infrastrukturgestaltung, z.B. im Bereich der Wasserversorgung,²³ und der gerade für das Investitionsschutzrecht wichtigen Frage nach einer extraterritorialen Menschenrechtsverantwortung im Hinblick auf das Handeln von Unternehmen in Drittstaaten;²⁴ hierauf ist zurückzukommen.

¹⁹ *Klee*, Die progressive Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte, 101.

²⁰ *Ibid.*, 102 ff.; *Riedel*, in: Giegerich/Zimmermann (Hrsg.), Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im globalen Zeitalter, 71 (77 f.).

²¹ Ausführlich *Klee*, Die progressive Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte.

²² Hierzu z.B. *Shany*, EJIL 16 (2006), 907 (907 ff.).

²³ Hierzu die Beiträge in: Brown Weiss/Bernasconi-Osterwalder/Boisson De Chazournes (Hrsg.), Fresh Water and International Economic Law.

²⁴ Siehe hierzu z.B. *Ssenyonjo*, in: Joseph/McBeth (Hrsg.), Research Handbook on International Human Rights Law, 36 (56 ff.); *Bernstorff*, AVR 49 (2011), 34-63.

C. Menschenrechte und Unternehmen: Protect, Respect and Remedy Framework

Zunächst scheinbar aus einer ganz anderen Perspektive heraus wurde der so genannte „Protect, Respect and Remedy Framework“²⁵ entwickelt. Dieser, seit ca. fünf Jahren die Diskussion zur CSR bestimmende Ansatz ist untrennbar mit dem Namen John *Ruggie* verbunden. Als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für Menschenrechte und transnationale Unternehmen hat *Ruggie* zunächst mit seinem Report „Protect, Respect and Remedy: a Framework for Business and Human Rights“ aus dem Jahre 2008²⁶ und dann den darauf aufbauenden „Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations ‚Protect, Respect and Remedy‘ Framework“ aus dem Jahre 2011²⁷ wegweisende konzeptionelle Überlegungen zum Verhältnis von Menschenrechten und der Wirtschaftstätigkeit transnationaler Unternehmen vorgelegt. Der Erfolg seiner Bemühungen, der u.a. daran abzulesen ist, dass sich die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen in ihrer überarbeiteten Fassung aus dem Jahre 2011 explizit auf die beiden genannten Dokumente der VN stützen,²⁸ ist u.a. darauf zurückzuführen, dass *Ruggie* bewusst einen prinzipienorientierten Ansatz gewählt hat. Hierdurch gelingt es, den politischen und auch rechtlichen Streit über einzelne menschenrechtliche Pflichten im Lichte konkreter unternehmerischer Aktivitäten zu überwinden und eine konsensfähige Basis von Leitvorstellungen für die menschenrechtliche Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen zu formulieren.²⁹

Inhaltlich wird mit dem Protect, Respect and Remedy Ansatz bewusst keine einseitige Pflichtenbegründung von Unternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte verfolgt. Vielmehr wird ein kombinierter Ansatz von auf den Staat und die Rechtsordnung bezogenen Rechtspflichten auf der einen und unternehmerischer Verantwortung auf der anderen Seite entwickelt. Damit wird die einseitige, bewusst im Sinne einer „Pflichten“-Rhetorik konzipierte Ausrichtung des Entwurfes der „Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights“³⁰ (UN Norms) vermieden. Das war angesichts der bestehenden rechtlichen Unsicherheiten im Hinblick auf die Völkerrechtssubjektivität transnationaler Unternehmen als – jedenfalls nach herkömmlicher Auffassung – Voraussetzung für eine völkerrechtliche Pflichtenstellung rechtlich zwingend und politisch klug. Die UN Norms hatten insofern noch in einem Atemzug mit der staatlichen Verpflichtung „to promote, secure the fulfilment of, respect, ensure respect of

²⁵ UN Dok. A/HRC/8/5 v. 7. April 2008 sowie UN Dok. A/HRC/17/31 v. 21. März 2011.

²⁶ *Ibid.*

²⁷ *Ibid.*

²⁸ OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, Ausgabe 2011, Erläuterungen para. 36; ausführlich zu den 2011 OECD-Leitsätzen *Huarte Melgar/Nowrot/Wang*, The 2011 Update of the OECD Guidelines for Multinational Enterprises.

²⁹ Ausführlich zu den beiden Dokumenten *Backer*, Santa Clara Journal of International Law 2 (2010), 101 (101 ff.), verfügbar unter: <<http://ssrn.com/abstract=1619936>> (besucht am 29.03.2012); *ders.*, Pacific McGeorge Business & Development Law Journal 2011, 101 (101 ff.), verfügbar unter: <<http://ssrn.com/abstract=1922953>> (besucht am 29.03.2012).

³⁰ UN Dok. E/CN.4/Sub.2/2003/12/Rev.2 (2003); hierzu z.B. *Nowrot*, Die UN-Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights.

and protect human rights“ darauf abgestellt, dass „transnational corporations and other business enterprises, as organs of society, are also responsible for promoting and securing the human rights set forth in the Universal Declaration of Human Rights“ (Abs. 3 Präambel UN-Norms).

Ausgangspunkt des „Protect, Respect and Remedy Framework“ ist die Dreiteilung individualrechtlicher Vorgaben im Sinne von (1) staatlichen Rechtspflichten auf „respect, protect and fulfil“ von Menschenrechten und „fundamental freedoms“ bezogen, (2) der Verpflichtung („to comply“) von Unternehmen als „specialized organs of society“³¹ auf bestehende Rechtsregeln und ihre Verantwortung („to respect“) für Menschenrechte sowie (3) die Existenz effektiver Rechtsschutz- und Wiedergutmachungsmechanismen im Falle von Menschenrechtsverletzungen.³² Damit wird nochmals deutlich, dass es dem Ansatz des „protect, respect and remedy“ nicht um eine einseitige Inpflichtnahme von Unternehmen geht, sondern vielmehr eine Erweiterung menschenrechtlicher Konzepte dahingehend verfolgt wird, dass zusätzlich zu den Rechtspflichten des „respect, protect and fulfil“ eine Verantwortungsperspektive als zunächst außerrechtlicher (sozialer) Normkategorie mit aufgenommen wird. Insofern stellt sich der Ansatz des „protect, respect and remedy“ als rechtliche und außerrechtliche Dimensionen erfassendes Governance-Konzept in einem horizontalen und vertikalen Mehrebenensystem unterschiedlicher Steuerungsakteure und -mechanismen dar.³³

Im Sinne der drei Kategorien des „protect, respect and remedy“ geht es zunächst um die staatliche Verpflichtung zum Schutz (protect) von Menschenrechten. Die Guiding Principles wiederholen dabei nicht den allgemeinen menschenrechtlichen Pflichtenstandard des „respect, protect and fulfil“, sondern bauen hierauf auf. Im Vordergrund steht insofern zunächst die staatliche Pflicht, effektive präventive und repressive Maßnahmen zu greifen, um Menschenrechtsverletzungen von Dritten, namentlich Unternehmen, zu verhindern. Dabei handelt es sich um eine Verhaltenspflicht im Sinne des Rechts der Staatenverantwortlichkeit,³⁴ bei deren Erfüllung dem Staat ein Ermessensspielraum eingeräumt wird.³⁵ Im Zusammenhang hiermit steht die Aufforderung, dass Staaten soweit möglich auch bei Aktivitäten von staatszugehörigen Unternehmen außerhalb des eigenen Territoriums auf die Achtung von Menschenrechten durch die Unternehmen achten; konkret geht es insofern um die nicht unproblematische Frage nach extraterritorialen Menschenrechtspflichten im Hinblick

³¹ Siehe hierzu die Präambel der Allgemeinen Menschenrechtserklärung Absatz 8, wo von „Organen der Gesellschaft“ gesprochen wird; hierzu *Nourot*, Die UN-Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights, 11 m.w.N.

³² UN Dok. A/HRC/8/5 v. 07. April 2008 sowie UN Dok. A/HRC/17/31 v. 21. März 2011, Guiding Principles, Absatz 1 General Principles.

³³ Zu einem solchen Ansatz im internationalen Wirtschaftssystem und -recht insgesamt siehe *Nourot*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrechts, 61-146; ähnlich auf die Guiding Principles bezogen auch *Backer*, Pacific McGeorge Business & Development Law Journal 2011, 101 (108).

³⁴ Hierzu *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 873, 876 ff.; *Crawford*, The International Law Commission's Articles on State Responsibility, 129 f.

³⁵ UN Dok. A/HRC/8/5 v. 7. April 2008, Guiding Principles, 7.

auf unternehmerisches Handeln.³⁶ Ebenfalls in diesem Zusammenhang steht die Er-
streckung staatlicher Menschenrechtspflichten auf das Handeln von Staatshandelsun-
ternehmen bzw. Unternehmen, die in einer sonstigen Nähebeziehung zum Staat ste-
hen, und die Verpflichtung zur Achtung von Menschenrechten im Zusammenhang
mit der öffentlichen Auftragsvergabe (Guiding Principles 5-7). Neben verschiedenen
Transparenz- und Informationsgeboten, die von den Staaten beachtet werden sollen
(Guiding Principle 8), finden sich dann noch Hinweise in den Guidelines darauf, dass
Staaten auch bei ihrem völkerrechtlichen Handeln (Abschluss völkerrechtlicher Ver-
träge; Mitarbeit in internationalen Organisationen) ihre menschenrechtlichen Ver-
pflichtungen beachten sollen. Dazu gehört die Sicherstellung eines hinreichenden
„domestic policy space“ beim Abschluss von wirtschaftsrelevanten Verträgen, z.B.
bilateralen Investitionsschutzverträgen und Investitionsverträgen mit ausländischen
Investoren (state contracts), sowie die Ausübung staatlicher Einflussnahme in interna-
tionalen Organisationen, in denen der entsprechende Staat mitwirkt (Guiding Prin-
ciples 9 und 10).

Insgesamt zeigt sich damit, dass die Einzelheiten der Verpflichtungsdimension „to
protect“ der Guiding Principles on Business and Human Rights im Kern die gesamte
Bandbreite menschenrechtlichen Verpflichtungen der Staaten im Sinne der
Pflichtentrias des „respect, protect, fulfil“ erfassen. Dabei erfolgt zwar eine Konzentra-
tion auf Sachbereiche, die einen unmittelbaren Bezug zum Menschenrechtsschutz im
Hinblick auf unternehmerisches Handeln aufweisen. Die dogmatischen Grundzüge
insbesondere dessen, was im allgemeinen menschenrechtlichen Diskurs als „respect“
und „protect“ verstanden wird, finden sich aber in den Guiding Principles unproble-
matisch wieder, wenngleich auch terminologisch auf das „protect“ beschränkt.

Die eigentliche Neuerung der Guiding Principles ist im zweiten Teil zur „corpora-
te responsibility to respect human rights“ zu sehen. Hier ist detailliert aufgeführt,
welche sozialen Erwartungen an Unternehmen im Hinblick auf die Achtung von
Menschenrechten gerichtet sind. Insofern geht es nicht primär um eine Rechts-
befolgung durch Unternehmen, sondern in Ergänzung hierzu („over and above“) um
„responsibility“, also Verantwortung. Die einzelnen Verantwortungsdimensionen auf
Menschenrechte bezogen, die in den Guiding Principles für Unternehmen aufgeführt
sind, umfassen Verhaltens- und Erfolgs“pflichten“ auf allen Ebenen und Stufen
unternehmerischen Handelns. Überdies ist Unternehmensverantwortung im Sinne
der Guiding Principles untrennbar mit der staatlichen Rechtsverpflichtung auf Men-
schenrechte im dargestellten Sinne dahingehend verflochten, dass hierzu u.a. die Ach-
tung staatlicher und überstaatlicher Rechtspflichten sowie Respekt vor einer staatli-
chen Menschenrechtspolitik gehört.³⁷

Die dritte Säule der Guiding Principles umfasst den Bereich der effektiven proze-
duralen Durchsetzung von Menschenrechten und ggf. Wiedergutmachung im Falle
von Menschenrechtsverletzungen. Es handelt sich hierbei wiederum um eine
Pflichtendimension, die auf den Staat rekurriert, allerdings in abgestufter Intensität
von Rechtspflicht bis sozialadäquater Erwartung. Im Wesentlichen geht es aber um

³⁶ Ausführlich hierzu *Bernstorff*, AVR 49 (2011), 34-64.

³⁷ Siehe insbesondere UN Dok. A/HRC/8/5 v. 7. April 2008, Guiding Principles, 11 und 23.

prozedurale Aspekte dessen, was in der allgemeinen Menschenrecht dogmatik in die Kategorie des „fulfil“ eingeordnet wird.³⁸

D. Zwischenfazit

Jedenfalls auf rechtsdogmatische und rechtstheoretische Grundzüge bezogen hat sich der internationale Menschenrechtsschutz von den ideologisch aufgeladenen Debatten der 1970er und auch noch 1980er Jahre emanzipiert. Die heute weitgehend anerkannte, für alle Menschenrechte geltende Pflichtentrias des „respect, protect, fulfil“ hat es möglich gemacht, über die kaum operable Lehre von den drei Dimensionen der Menschenrechte hinausgehend Kriterien vorzuhalten, anhand derer im Einzelfall die Achtung von Menschenrechten oder ihre Verletzung bewertet werden können. Die internationale Menschenrechtspraxis ist hiervon seit vielen Jahren geprägt. Vergleicht man nunmehr die bereits klassische Pflichtentrias des allgemeinen Menschenrechtsschutz mit den Guiding Principles on Business and Human Rights bzw. dem „protect, respect and remedy Framework“ zeigen sich auffällige und letztlich auch nicht verwunderliche Kohärenzen. Der Framework baut auf der Pflichtentrias auf und übernimmt diese, ungeachtet einer gewissen terminologischen Verkürzung im Bereich von „respect“. Letztlich stellt der Framework insofern eine auf unternehmerisches Handeln fokussierte, prinzipienorientierte Version der allgemeinen menschenrechtlichen Pflichtentrias dar, die um die spezifische Verantwortungsperspektive als außerrechtliche Normkategorie erweitert wurde.

E. Individualrechte im Investitionsschutzrecht

Wie bereits einleitend hervorgehoben, gehört die Frage nach dem Verhältnis von Individualrechtsschutz und Investitionsschutzrecht zur einer der zentralen Diskussionen, die gegenwärtig im internationalen Wirtschaftsrecht vorherrschen. Auch die Ausarbeitung der von der Menschenrechtspraxis angenommenen Guiding Principles ist jedenfalls zum Teil unter dem Eindruck der rasanten Bedeutungszunahme des internationalen Investitionsschutzrechts im letzten Jahrzehnt erfolgt. Das macht unter anderem das folgende Zitat von John Ruggie aus seinem Bericht aus dem Jahre 2008 deutlich:

Take the case of transnational corporations. Their legal rights have been expanded significantly over the past generation. This has encouraged investment and trade flows, but it has also created instances of imbalances between firms and States that may be detrimental to human rights. The more than 2,500 bilateral investment treaties currently in effect are a case in point. While providing legitimate protection to foreign investors, these treaties also permit those investors to take host States to binding interna-

³⁸ Zur Kategorie „fulfil“ siehe z.B. *Riedel*, in: Giegerich/Zimmermann (Hrsg.), *Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im globalen Zeitalter*, 71 (77); siehe ausführlich auch Punkt V (Remedies and other Responses to Violations) der Maastricht Guidelines on Violations of Economic, Social and Cultural Rights, *Human Rights Quarterly* 20 (1998), 691 (699 f.).

tional arbitration, including for alleged damages resulting from implementation of legislation to improve domestic social and environmental standards [...] At the same time, the legal framework regulating transnational corporations operates much as it did long before the recent wave of globalization.³⁹

In diesen Ausführungen von John *Ruggie*, die als repräsentativ für die gesamte Debatte gelten können, kommt das zentrale Problem, das mit dem internationalen Investitionsschutzrecht im Hinblick auf den Menschenrechtsschutz verbunden wird, deutlich zum Ausdruck: das Investitionsschutzrecht wird als einseitig wirtschaftliche Investorenrechte schützende Rechtsmaterie angesehen, die es im Ergebnis verhindert oder zumindest den Staaten deutlich erschwert, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Belange durchzusetzen. Aus dieser Perspektive muss sich das internationale Investitionsschutzrecht als Rechtsmaterie darstellen, die in Konflikt zum Menschenrechtsschutz in den Kategorien des „respect, protect, fulfil“ steht. Überdies ergibt sich hieraus zwangsläufig, dass es einer unmittelbaren oder jedenfalls mittelbaren Einbindung transnationaler Unternehmen als internationale Investoren in die Bemühungen um einen effektiven internationalen Menschenrechtsschutz bedarf. Das ist das zentrale Anliegen der VN-Guiding Principles. Insgesamt herrscht so eine konfliktorientierte Perspektive zum Verhältnis von Investitionsschutzrecht und Menschenrechtsschutz vor. Diese Perspektive zeichnet sich überdies dadurch aus, dass sie jeweils nur in einer bipolaren Konstellation operiert: das betrifft auf der einen Seite das Verhältnis der staatlichen Verpflichtung zum Menschenrechtsschutz im Sinne der dargestellten Pflichtentrias im Spannungsverhältnis zur ebenfalls völkerrechtlich begründeten, d.h. zwischenstaatlich wirkenden Rechtspflichten aus dem internationalen Investitionsschutzrecht. Auf der anderen Seite und hiervon dogmatisch letztlich losgelöst, wird im Sinne des oben angeführten Zitats von John *Ruggie* die Corporate Social Responsibility Perspektive gewählt, um Menschenrechtsverantwortung von transnationalen Unternehmen unter anderem mit Blick auf internationale Investitionstätigkeit zu diskutieren. Was damit fehlt, ist eine übergreifende Betrachtung, die auf alle maßgeblichen Akteure in einem ganzheitlichen Sinne abstellt. Auf den Menschenrechtsschutz bezogen sind es insofern Individuen als Rechtsträger und Freiheitssubjekte, der Staat in seiner Achtungs- und Schutzfunktion sowie Unternehmen als wirkungsmächtige Akteure („Organe der Gesellschaft“ im Sinne der UN-Menschenrechtserklärung⁴⁰), die das Bild bestimmen und damit in einem kohärenten Rechtskonzept zu erfassen sind. Um eine Gesamtbetrachtung anzustellen, ist es damit notwendig, internationalrechtliche Standards auszumachen, die sich insgesamt auf das Handeln der drei genannten Akteure beziehen und den Individualrechtsschutz zum Gegenstand haben.

³⁹ Human Rights Council, Protect, Respect and Remedy: A Framework for Business and Human Rights, UN Dok. A/HRC/8/5 v. 7 April 2008, paras. 12-13; hierzu auch *Nowrot*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), *International Investment Law*, Chapter 10, im Erscheinen.

⁴⁰ Absatz 8 Präambel der Allgemeinen Menschenrechtserklärung.

I. Ausgangspunkt: individuelle Freiheitsverwirklichung

Individual- und Menschenrechtsschutz ist im Ausgangspunkt immer, gleich wie im Einzelnen zu begründende, (staatlichen Rechtsgarantien vorgelagerte) individuelle Freiheitsverwirklichung. Im Völkerrecht lässt sich das unter anderem aus dem Bekenntnis zur „angeborenen Würde“ sowie den „gleichen und unveräußerlichen Rechten aller Mitglieder der menschlichen Gemeinschaft“ ableiten, welches sich u.a. in der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie der Menschenrechtspakte findet.⁴¹ Individuelle Freiheit, die vom Staat zu schützen sowie zu achten ist, ist dabei nicht nur als menschliche Freiheit im engeren Sinne der Freiheit natürlicher Personen zu verstehen. Vielmehr gilt die Grundidee individueller Freiheitsverwirklichung auch für Personenvereinigungen bzw. juristische Personen. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechtspakte ist das zwar in dieser Form nicht explizit niedergelegt, jedenfalls nicht in der Deutlichkeit, die von Art. 19 Abs. 3 Grundgesetz bekannt ist; zumindest Art. 1 des ersten Zusatzprotokolls zur EMRK garantiert jedoch jeder natürlichen und juristischen Person ein Recht auf Achtung ihres Eigentums.⁴² Überhaupt ist jedenfalls im Rahmen der EMRK weitgehend anerkannt, dass die dort garantierten Individualrechte auch für juristische Personen gelten, soweit sie auf sie inhaltlich anwendbar sind.⁴³ Das kann insgesamt auf die Völkerrechtsordnung allgemein übertragen werden.⁴⁴

Neben der Garantie individueller Freiheit als Menschenrecht und dem allgemeinen Einbezug juristischer Personen in die rechtlichen Grundlagen der Freiheitsverwirklichung im allgemeinen Völkerrecht, wird die Individualrechtsstellung von Unternehmen gerade im Bereich des internationalen Investitionsschutzrechts deutlich. Obwohl bilaterale Investitionsschutzverträge als weiterhin jedenfalls quantitativ gesehen dominierende Rechtsquelle in diesem Bereich zunächst einen rein zwischenstaatlichen Rechtscharakter aufweisen, finden sich gerade in der schiedsgerichtlichen Praxis zunehmend Hinweise darauf, dass Investoren im Bereich des Investitionsschutzrechts mit eigenen Rechten ausgestattet sind.⁴⁵ Man kann dabei sicherlich darüber streiten,

⁴¹ Statt vieler *Bielefeld*, Freiheit und Sicherheit im demokratischen Rechtsstaat, 9 f.

⁴² Allgemein hierzu *Dolzer*, Eigentum, Enteignung und Entschädigung im geltenden Völkerrecht, 94 ff., 131 ff.

⁴³ Statt vieler *Dreier*, in: ders. (Hrsg.), Grundgesetz Kommentar, Art. 19 III Rn. 12; *Grabenwarter/Pabel*, Europäische Menschenrechtskonvention, § 17 Rn. 5.

⁴⁴ Allgemein hierzu *Peters*, in: Häberle (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, 411 (411 ff.).

⁴⁵ Siehe z.B. *Corn Products International, Inc. v. The United Mexican States*, ICSID Case No. ARB(AF)/04/01, Decision on Responsibility v. 15. Januar 2008, para. 168 f.: “It is now clear that States are not the only entities which can hold rights under international law; individuals and corporations may also possess rights under international law. In the case of rights said to be derived from a treaty, the question will be whether the text of the treaty reveals an intention to confer rights not only upon the Parties thereto but also upon individuals and/or corporations. In the case of Chapter XI of the NAFTA, the Tribunal considers that the intention of the Parties was to confer substantive rights directly upon investors. That follows from the language used and is confirmed by the fact that Chapter XI confers procedural rights upon them. The notion that Chapter XI conferred upon investors a right, in their own name and for their own benefit, to institute proceedings to enforce rights which were not theirs but were solely the property of the State of their

ob die Einräumung unmittelbarer Individualrechte an Investoren durch das internationale Investitionsschutzrecht bereits dazu geführt hat oder, eher rechtspolitisch betrachtet, dazu führen sollte, dass Unternehmen als partielle Völkerrechtssubjekte anzusehen sind.⁴⁶ Dieser Frage muss hier nicht weiter nachgegangen werden. Entscheidend ist nur, dass Unternehmen im heutigen internationalen Wirtschaftsrecht individuelle Freiheitsgarantien im Hinblick auf ihre grenzüberschreitende wirtschaftliche Tätigkeit zustehen. Schon diese Feststellung reicht aus, um nicht nur eine konzeptionelle Nähe zum internationalen Menschenrechtsschutz aufzuzeigen, sondern um darüber hinausgehend kohärente Rechtsansätze im gesamten Bereich individueller Freiheitssicherung im internationalen Recht zu begründen. Dass diese Einschätzung im Einzelfall auch dazu führen kann, dass menschenrechtliche Konzepte Rechtsgarantien von Investoren stärken und dies rechtspolitisch nicht wünschenswert sei, so wie es José E. *Alvarez* vorträgt,⁴⁷ kann nicht als Gegenargument gewertet werden. Vielmehr besteht gerade die Herausforderung darin, normhierarchisch gleichrangige, inhaltlich umfassend von einem Freiheitsgedanken getragene Rechtsgarantien des Menschenrechtsschutzes und des Investitionsschutzrechts als Individualrechtsschutz in Einklang zu bringen. Anders formuliert ist zu konstatieren, dass die Gefahr von Prinzipienkollisionen nicht dazu führen kann, dass man einer der kollidierenden Rechtspositionen den Prinzipiencharakter abspricht.

II. Schutz und effektive Verwirklichung von Investorenrechten

Die Individualrechtsgarantien des internationalen Investitionsschutzrechts betreffen nicht nur klassische Abwehrkonstellationen in dem Sinne, dass Staaten nicht bzw. nur wenn eine entsprechende Rechtfertigung gegeben ist, in geschützte Rechtspositionen von Unternehmen im Rahmen einer Investitionstätigkeit eingreifen dürfen, im menschenrechtlichen Sinne also die „respect“-Kategorie; hierzu gehören z.B. die Verpflichtung zur fairen und gerechten Behandlung sowie der Schutz vor entschädigungsloser Enteignung.⁴⁸ Vielmehr enthält das moderne internationale Investitionsschutzrecht auch staatliche Schutzpflichten im Sinne des „protect“, insbesondere in der Form der Standardverpflichtung zur Gewährung von vollem Schutz und Sicherheit (full protection and security). Diese ist in ihrer klassischen Konzeption zunächst darauf ausgerichtet, dass der Staat angemessene Maßnahmen zum Schutz des ausländischen Investors bzw. der Auslandsinvestitionen vor negativen Beeinträchtigungen durch private Maßnahmen ergreift. In der jüngeren schiedsgerichtlichen Praxis finden sich allerdings auch Ansätze dafür, diese Schutzverpflichtung dahingehend auszudehnen, dass der Gaststaat auch verpflichtet ist, effektive Rechtsschutzmechanismen zu Gunsten des ausländischen Investors vorzuhalten sowie insgesamt Rechtssicherheit zu

nationality is counterintuitive.”; ausführlich zur Diskussion und heute h. M. *Douglas*, *The International Law of Investment Claims*, 10-38 m.w.N.

⁴⁶ Siehe hierzu z.B. mit deutlich ablehnender Auffassung, allerdings nicht dogmatischer, sondern rein rechtspolitischer Argumentation, *Alvarez*, *Santa Clara Journal of International Law* 9 (2011), 1 (1 ff.) m.w.N.

⁴⁷ *Ibid.*, 27 ff.

⁴⁸ Hierzu statt vieler *Dolzer/Schreuer*, *Principles of International Investment Law*, 89 ff. und 119 ff.

garantieren.⁴⁹ Damit ist über die Kategorie des „protect“ hinausgehend auch das erfasst, was als „fulfil“-Verpflichtung der Staaten bezeichnet wird. Auf effektiven Rechtsschutz bezogen ist insofern insbesondere der Rechtsvorwurf des *denial of justice* von Bedeutung,⁵⁰ wobei es sich hierbei im investitionsschutzrechtlichen Kontext nicht zwingend um den völkergewohnheitsrechtlichen Standard des *denial of justice* handeln muss, sondern vielmehr der eher allgemeine Anspruch auf *access to justice* zur Debatte steht. Hier zeigen sich in der investitionsschutzrechtlichen Praxis⁵¹ beachtliche Konvergenzentwicklungen zwischen Investitionsschutzrecht und allgemeinem Menschenrechtsschutz im Hinblick auf den fundamentalen rechtsstaatlichen Anspruch auf effektiven (gerichtlichen) Rechtsschutz.⁵² In einem übergeordneten Sinne lassen sich dann auch die zunehmend von Schiedsgerichten sowie den einschlägigen Verfahrensordnungen eingeräumten Möglichkeiten für *amicus curiae* Eingaben sowie insgesamt die fortschreitende Transparenz investitionsschutzrechtlicher Schiedsverfahren dem rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen *access to justice* Grundsatz zuordnen, wobei es hier zu einer Erweiterung der zunächst rein bilateralen Rechtsbeziehung Staat-Investor auf andere gesellschaftliche Akteure und damit zu einer zumindest dreipoligen Rechtskonstellation kommt.⁵³

III. Menschenrechte und Investitionsschutzrecht im Rechtsdialog

Schiedsgerichte haben sich immer wieder mit der Frage auseinander gesetzt, inwieweit insbesondere die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte herangezogen werden kann und sollte, um investitionsschutzrechtliche Rechtsfragen zu klären. So zum Beispiel hat das Schiedsgericht in *Azurix v. Argentina* Urteile des EGMR herangezogen als „useful guidance for purposes of determining whether regulatory actions would be expropriatory and give rise to compensation”.⁵⁴ Auch in anderen Verfahren, unter anderem in *Tecmed v. Mexico*, *Fireman's Fund v. Mexico* und *ADC v. Hungary*, haben Schiedsgerichte in unterschiedlicher Intensität auf den EGMR verwiesen und sich mit seiner Rechtsprechung insbesondere zu Gesichtspunkten der Verhältnismäßigkeit staatlicher Eingriffe auseinandergesetzt.⁵⁵ Im-

⁴⁹ Ausführlich statt vieler *Schreuer*, *Journal of International Dispute Settlement* 1 (2010), 353 (353 ff.) mit zahlreichen Nachweisen.

⁵⁰ Ausführlich hierzu *Paulsson*, *Denial of Justice in International Law*; *Focarelli*, in: Wolfrum (Hrsg.), *EPIL*, verfügbar unter: <www.mpepil.com> (besucht am 29.03.2012).

⁵¹ Siehe z.B. *Loewen Group Inc. And Raymond Loewen v. United States of America*, ICSID Case No. ARB (AF)/98/3 v. 26. Juni 2003, para. 119 ff.; *Mondev International Ltd. v. United States of America*, ICSID (Additional Facility) Case No. ARB(AF)/99/2, Award v. 11. Oktober 2002, para. 126 ff.; *Saipem Spa v. the People's Republic of Bangladesh*, ICSID Case No. ARB/05/07, Award v. 20.6.2009, para. 176 ff.; *White Industries Australia Limited v. The Republic of India*, UNCITRAL Arbitration, Final Award v. 30. November 2011, para. 10.4.1. ff.

⁵² Ausführlich *Francioni*, *EJIL* 20 (2009), 729 (729 ff.).

⁵³ Ähnlich *Ibid.*, 738 ff.

⁵⁴ *Azurix Corp. V. Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/01/12, Award v. 14. Juli 2006, para. 311 f.

⁵⁵ Ausführlich hierzu UNCTAD, *Selected Recent Developments in IIA Arbitration and Human Rights*, *IIA Monitor* No. 2 (2009), 5 f.; *Kriebaum*, in: Reinisch/Kriebaum (Hrsg.), *The Law of International Relations – Liber Amicorum Hanspeter Neuhold*, 165 ff.

merhin ein Schiedsgericht lehnte es allerdings explizit ab, ein vom EGMR entwickeltes Rechtsinstitut, die *margin of appreciation* Doktrin, im investitionsschutzrechtlichen Kontext anzuwenden.⁵⁶

Über die Rechtsprechung des EGMR und andere Quellen des allgemeinen Menschenrechtsschutzes insbesondere mit Blick auf den Enteignungsschutz und Entschädigungsfragen⁵⁷ sowie die allgemeine Lehre der *margin of appreciation* bezogen hinausgehend, haben Schiedsgerichte in unterschiedlicher Intensität menschenrechtliche Erwägungen bei ihrer jeweiligen Entscheidungsfindung berücksichtigt. Besondere Bedeutung nehmen dabei Fallkonstellationen ein, in denen sich Gaststaaten auf menschenrechtliche Gesichtspunkte berufen, um Beeinträchtigungen von Investorengarantien zu rechtfertigen. Entsprechende Argumente wurden in zahlreichen Verfahren von Argentinien vorgetragen, um verschiedene Maßnahmen zu rechtfertigen, die im Zusammenhang mit der dortigen Finanz- und Wirtschaftskrise 2001/2002 ergriffen wurden. Argentinien konnte mit vielen dieser Argumente zwar nicht durchdringen, die Schiedsgerichte haben die menschenrechtliche Argumentation Argentiniens indes in der Regel zur Kenntnis genommen.⁵⁸ Insofern kann die Aussage eines Schiedsgerichts in einem der Argentinien-Verfahren, dass „human rights obligations and its investment treaty obligations are not inconsistent, contradictory, or mutually exclusive“⁵⁹ als durchaus repräsentativ für den Stand der Diskussion gewertet werden. Inwieweit menschenrechtliche Wertungen dabei die Beurteilung einer konkreten rechtlichen Situation bestimmen, zeigt beispielhaft der *Tecmed*-Schiedsspruch. Hier ging es u.a. um die mögliche Verletzung von Investorenrechten dadurch, dass der Gaststaat keine effektiven Maßnahmen gegen Demonstranten ergriffen hatte. Das Schiedsgericht konstatiert indes, dass nicht ersichtlich sei, dass der Gaststaat „ha[s] not reacted reasonably, in accordance with the parameters inherent in a democratic state, to the direct action movements conducted by those who were against the Landfill“.⁶⁰ In dieser Feststellung kann durchaus ein Hinweis darauf gesehen werden, dass bei der Prüfung der Achtung von Investorenrechten (hier: full protection and security) durch den Gaststaat auch dessen menschenrechtliche Pflichten (hier: Demonstrationsrecht) zu beachten sind.⁶¹ Die dogmatische Konstruktion im zitierten Fall ist damit nahezu identisch zur Entscheidung des EuGH im *Brenner Autobahnfall*, wo es ebenfalls um

⁵⁶ *Siemens A.G. v. The Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/02/08, Award v. 6. Februar 2007, para. 354.

⁵⁷ Ausführlich hierzu mit Blick auf menschenrechtliche Gesichtspunkte *Nelson*, JWIT 2011, 27 (32 ff.) mit zahlreichen Nachweisen.

⁵⁸ Ausführlich UNCTAD, Selected Recent Developments in IIA Arbitration and Human Rights, IIA Monitor No. 2 (2009), 8 ff. m.w.N., verfügbar unter: <http://archive.unctad.org/en/docs/webdiaeia20097_en.pdf> (besucht am 29.03.2012).

⁵⁹ *Suez, Sociedad General de Aguas de Barcelona S.A., and InterAguas Servicios Integrales del Agua S.A. v. The Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/03/17, Decision on Liability v. 30. Juli 2010, para. 240.

⁶⁰ *Técnicas Medioambientales Tecmed, S.A. v. United Mexican States*, ICSID Case No. ARB(AF)/00/2, Award v. 29. Mai 2003, para. 177.

⁶¹ *Nelson*, JWIT 2011, 27 (43).

die rechtmäßige Einschränkung wirtschaftlicher Freiheitsrechte durch das Demonstrationsrecht ging.⁶²

IV. Investorenrechte unter menschenrechtlichem Vorbehalt

Die bisherigen Kategorien, in denen menschenrechtliche Fragen im investitionsschutzrechtlichen Kontext relevant wurden, waren auf staatliches Handeln bzw. eine staatliche Pflicht zur Achtung sowohl von Menschenrechten wie auch von Individualrechten von Investoren bezogen. In Ergänzung hierzu ist indes auch noch auf eine schiedsgerichtliche Praxis zu verweisen, die unmittelbar an unternehmerische Verantwortung anknüpft. Ausgangspunkt sind hierbei schiedsgerichtliche Entscheidungen, die in unterschiedlichem Zusammenhang die Ausübung von Investorenrechten im internationalen Investitionsschutzrecht unter den Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs stellen.⁶³ Daraus folgt konkret, dass z.B. Investitionen, die nur aufgrund von Bestechung oder Betrug möglich wurden, nicht vom internationalen Investitionsschutzrecht geschützt sind.⁶⁴ In einem übergeordneten Sinne zeigt diese Entscheidungspraxis, dass, wie es das Schiedsgericht im Verfahren *Phoenix Action* formulierte, „protection should [not] be granted to investments made in violation of the most fundamental rules of protection of human rights, like investments made in pursuance of torture or genocide or in support of slavery or trafficking of human organs”.⁶⁵

F. Zusammenfassung: Kohärenz von Menschenrechtsschutz und Unternehmensverantwortung

Bei einer Zusammenfassung und Auswertung der bisherigen Überlegungen fällt zunächst auf, dass das Verhältnis von Menschenrechtsschutz und Investitionsschutz keineswegs so konfliktgeladen ist, wie es zum Teil in der politischen aber auch wissenschaftlichen Diskussion vermittelt wird. Über diese rechtspolitische Aussage hinausgehend, ist aber auch deutlich geworden, dass zumindest aus rechtstheoretischer

⁶² EuGH, Rs. C-112/00, *Eugen Schmidberger, Internationale Transporte und Planzüge ./. Republik Österreich*, EuZW 2003, 592 ff. mit Anm. Koch.

⁶³ Ausführlich zur schiedsgerichtlichen Praxis *Schön*, Rechtliche Strukturierung von Auslandsinvestitionen zwischen Gestaltungsfreiheit und Missbrauch, 4. Teil, C.II., im Erscheinen.

⁶⁴ Siehe z.B. *World Duty Free Company Limited v. Republic of Kenya*, ICSID Case No. ARB/00/7, Award v. 4. Oktober 2006, para. 157: “In light of domestic laws and international conventions relating to corruption, and in light of the decisions taken in this matter by courts and arbitral tribunals, this Tribunal is convinced that bribery is contrary to the international public policy of most, if not all, States or, to use another formula, to transnational public policy. Thus, claims based on contracts of corruption or on contracts obtained by corruption cannot be upheld by this Arbitral Tribunal”; *Gustav F W Hamester GmbH & Co KG v. Republic of Ghana*, ICSID Case No. ARB/07/24, Award v. 18 Juni 2010, para. 123 f.: “An investment will not be protected if it has been created in violation of national or international principles of good faith; by way of corruption, fraud, or deceitful conduct; or if its creation itself constitutes a misuse of the system of international investment protection under the ICSID Convention. It will also not be protected if it is made in violation of the host State’s law ... These are general principles that exist independently of specific language to this effect in the Treaty”.

⁶⁵ *Phoenix Action v. Czech Republic*, ICSID Case No. ARB/06/5, Award v. 15. April 2009, para. 78.

Perspektive internationaler Menschenrechtsschutz und internationales Investitionsschutzrecht kohärente Strukturen aufweisen. Im Ergebnis lassen sich diese unter einer einheitlichen Pflichten- und Verantwortungsstruktur eines „respect, protect, fulfil and remedy“ erfassen. Dem liegt zunächst die Erkenntnis zu Grunde, dass Rechte und Pflichten in einer rechtsstaatlichen Ordnung regelmäßig korrespondieren. Damit ist nicht gemeint, dass individuelle Freiheitsrechte immer inhärent ihre Grenze in einer Pflichten- bzw. Verantwortungsdimension des Rechtsinhabers finden. Eine solche Perspektive würde dem unter Freiheitsgesichtspunkten notwendigen Regel-/Ausnahmeverhältnis von Rechten und Schranken dieser Rechte widersprechen; sie wäre freiheitsfeindlich. Es geht vielmehr um die eher gesellschaftstheoretische Erkenntnis, dass eine gänzliche Verantwortungslosigkeit das Ende auch von individueller Freiheit zur Folge hätte. Schon vor dem Hintergrund dieser Überlegung zeigt sich damit nochmals, dass die bereits oben hervorgehobene Feststellung korrespondierender Strukturen des internationalen Menschenrechtsschutzes und der Corporate Social Responsibility nicht überraschend ist. Sicherlich gibt es (und wird es immer geben) Unterschiede im Hinblick auf den Rechtsverpflichtungsgrad bzw. gerade nicht vorhandene Rechtspflicht im engeren Sinne im Rahmen der CSR. Damit ist es allerdings nicht ausgeschlossen, auch die zunächst als außerrechtlich zu wertenden Standards der CSR mit in ein übergeordnetes gesellschaftstheoretisches Rechtsstaatsmodell einzubinden.

Im Übrigen zeigt sich, dass auch in den Bereichen, die im engeren Sinne von Rechtsstrukturen geprägt sind, Ansätze zu einer fortschreitenden Kohärenz von Menschenrechtsschutz und internationalem Investitionsschutzrecht ersichtlich werden. Zentraler positiver Ansatzpunkt dieser Betrachtung ist dabei die Feststellung, dass es bei Menschenrechten und bei Investitionsschutzrechten immer um Individualrechtsgarantien geht. Das Schiedsgericht in *Sempra Energy* hat insofern prägnant von „human rights of both citizens and property owners“⁶⁶ gesprochen. Es kann dabei letztlich offen bleiben, ob man die Individualrechtsgarantien des internationalen Investitionsschutzrechts unmittelbar der Kategorie der Menschenrechte zuordnet. Diese Frage mag rechtsdogmatisch relevant werden, wenn es um höchstpersönliche Rechte, die einen engen Bezug zur Menschenwürde aufweisen, geht. Das Problem ist aus dem innerstaatlichen Recht bekannt.⁶⁷ Ebenso wie dort (vgl. Art. 19 Abs. 3 GG) ist indes auch im internationalen Recht anerkannt, dass jedenfalls dem Grunde nach Individualrechtsgarantien auch für juristische Personen gelten. Daraus folgt auf das Völkerrecht bezogen zwangsläufig, dass zumindest auf der rechtsprinzipiellen Ebene versucht werden sollte, Individualrechtsgarantien, gleich ob als Menschenrechte auf das Individuum oder als wirtschaftliche Freiheitsrechte auf juristische Personen bezogen, in ein kohärentes Gesamtsystem des Individualrechtsschutzes einzufügen. Dass es hierzu viel versprechende Ansatzpunkte gibt, wurde versucht aufzuzeigen. Viele rechtsdogmatische Fragen sind damit weiterhin offen. Ihre Lösung bringt noch viele rechtswissen-

⁶⁶ *Sempra Energy International v. Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/02/16, Award v. 28. September 2007, para. 332.

⁶⁷ BVerfGE 95, 220 (242); statt vieler hierzu *Dreier*, in: ders. (Hrsg.), Grundgesetz Kommentar, Art. 19 III Rn. 35.

schaftliche Herausforderungen mit sich. Diesen wird man jedoch überzeugender begegnen können, wenn die aufgezeigte übergreifende Perspektive eingenommen wird.

SCHRIFTTUM

- Alvarez*, José E., *The Public International Law Regime Governing International Investment*, Leiden 2011.
- Are Corporations “Subjects” of International Law?, *Santa Clara Journal of International Law* 9 (2011), 1-53.
- Backer*, Larry Catá, *From Institutional Misalignments to Socially Sustainable Governance: The Guiding Principles for the Implementation of the United Nations’ “Protect, Respect and Remedy” and the Construction of Inter-Systemic Global Governance*, *Pacific McGeorge Global Business and Development Law Journal* 2011, 101-216, verfügbar unter: <http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1922953> (besucht am 29.03.2012).
- On the Evolution of the United Nations’ “Protect-Respect-Remedy“ Project: The State, the Corporation and Human Rights in a Global Governance Context, *Santa Clara Journal of International Law* 2 (2010), 101-156, verfügbar unter: <http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1619939> (besucht am 29.03.2012).
- Bering*, Jürgen/*Braun*, Tillmann Rudolf/*Lorz*, Ralph Alexander/*Schill*, Stephan/*Tams*, Christian J./*Tietje*, Christian, *General Public International Law and International Investment Law – A Research Sketch on Selected Issues*, Halle (Saale) 2011.
- Bernstorff*, Jochen, *Extraterritoriale menschenrechtliche Staatenpflichten und Corporate Social Responsibility*, *Archiv des Völkerrechts* 49 (2011), 34-63.
- Bielefeldt*, Heiner, *Freiheit und Sicherheit im demokratischen Rechtsstaat*, Berlin 2004.
- Brown Weiss*, Edith/*Boisson de Chazournes*, Laurence/*Bernasconi-Osterwalder*, Nathalie (Hrsg.), *Fresh Water and International Economic Law*, Oxford 2005.
- Crawford*, James, *The International Law Commission’s Articles on State Responsibility: Introduction, Text and Commentaries*, Cambridge 2002.
- Dahm*, Georg/*Delbrück*, Jost/*Wolfrum*, Rüdiger, *Völkerrecht*, Band I/3, 2. Auflage, Berlin 2002.
- Dolzer*, Rudolf, *Eigentum, Enteignung und Entschädigung im geltenden Völkerrecht: Property, Expropriation and Compensation in Current International Law*, Berlin/Heidelberg/New York/u. a. 1985.
- /*Schreuer*, Christoph, *Principles of International Investment Law*, Oxford 2008.
- Douglas*, Zachary, *The International Law of Investment Claims*, Cambridge 2009.
- Dreier*, Horst, *Grundgesetz Kommentar*, Band I, 2. Auflage, Tübingen 2004.
- Eide*, Asbjørn, *Realization of Social and Economic Rights and the Minimum Threshold Approach*, *Human Rights Law Journal* 10 (1989), 35-51.
- Focarelli*, Carlo, *Denial of Justice*, in: *Wolfrum*, Rüdiger (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, verfügbar unter: <<http://www.mpepil.com/>> (besucht am 29.03.2012).
- Francioni*, Francesco, *Access to Justice, Denial of Justice and International Investment Law*, *European Journal of International Law* 20 (2009), 729-747.
- Grabewarter*, Christoph/*Pabel*, Katharina, *Europäische Menschenrechtskonvention*, 5. Auflage, München/Basel/Wien/Mainz 2012.
- Huarte Melgar*, Beatriz/*Nowrot*, Karsten/*Yuan*, Wang, *The 2011 Update of the Guidelines for Multinational Enterprises: Balanced Outcome or an Opportunity Missed?*, Halle (Saale) 2011.

- Kaufmann-Kohler*, Gabrielle, Is Consistency a Myth?, in: Banifatemi, Yas/Gaillard, Emmanuel (Hrsg.), Precedent in International Arbitration, Series on International Arbitration No. 5, Huntington 2008, 137-148.
- Arbitral Precedent: Dream, Necessity or Excuse? The 2006 Freshfields Lecture, Arbitration International 23 (2007), 357-378.
- Klee*, Kristina, Die progressive Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte – Eine Interpretation von Art. 2 Abs. 1 des Internationalen Pakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Stuttgart/München/Hannover/u.a. 2000.
- Kriebaum*, Ursula, Privatizing Human Rights: The Interface between International Investment Protection and Human Rights, in: Reinisch, August/Kriebaum, Ursula (Hrsg.), The Law of International Relations – Liber Amicorum Hanspeter Neuhold, Utrecht 2007, 165-189.
- Nelson*, Timothy, Human Rights Law and BIT Protection: Areas of Convergence, Journal of World Investment & Trade 12 (2011), 27-48.
- Nowrot*, Karsten, Obligations of Investors, in: Bungenberg, Marc/Griebel, Jörn/Hobe, Stephan/Reinisch, August (Hrsg.), International Investment Law, Baden-Baden 2013, Chapter 10.
- Steuerungssubjekte und -mechanismen im Internationalen Wirtschaftsrecht (einschließlich regionale Wirtschaftsintegration), in: Tietje, Christian (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, Berlin 2009, 61-146.
 - Die UN-Norms on the Responsibility of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights – Gelungener Beitrag zur transnationalen Rechtsverwirklichung oder das Ende des Global Compact?, Halle (Saale) 2003.
- Paulsson*, Jan, Denial of Justice in International Law, Cambridge 2005.
- Peters*, Anne, Das subjektive internationale Recht, in: Häberle, Peter (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Tübingen 2011, 411-456.
- Riedel*, Eibe, Zur Durchsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte im Völkerrecht, in: Giegerich, Thomas/Zimmermann, Andreas (Hrsg.), Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im globalen Zeitalter, Berlin 2008, 71-94.
- Right to Development, in: Wolfrum, Rüdiger/Philipp, Christiane (Hrsg.), United Nations: law, policies, and practice, Band 2, München 1995, 1103-1110.
 - Menschenrechte der dritten Dimension, Europäische Grundrechte Zeitschrift 1989, 9-21.
- Schill*, Stephan, Internationales Investitionsschutzrecht und Vergleichendes Öffentliches Recht: Grundlagen und Methode eines öffentlich-rechtlichen Leitbildes für die Investitionsschiedsgerichtsbarkeit, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 2011, 247-289.
- Schön*, Philipp, Rechtliche Strukturierung von Auslandsinvestitionen zwischen Gestaltungsfreiheit und Missbrauch – Untersuchung investitionsschutzrechtlicher Fragen unter Berücksichtigung des Rechts der Doppelbesteuerungsabkommen, Halle (Saale) 2012.
- Schreuer*, Christoph, Full Protection and Security, Journal of International Dispute Settlement 1 (2010), 353-369.
- Shany*, Yuval, Toward a General Margin of Appreciation Doctrine in International Law?, The European Journal of International Law 16 (2006), 907-940.
- Shue*, Henry, Basic Rights, Subsistence, Affluence, and U.S. Foreign Policy, Princeton (UK) 1980.

- Ssenyonjo*, Manisuli, Economic, social and cultural rights: an examination of state obligations, in: Joseph, Sarah/McBeth Adam (Hrsg.), Research Handbook on International Human Rights Law, Cheltenham/Northampton (Massachusetts) 2010, 36-70.
- Tietje*, Christian, Internationaler Investitionsrechtsschutz, in: Ehlers, Dirk/Schoch, Friedrich (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, Berlin 2009, 63-98.
- Introductory Remarks by the Moderator – The Future of International Investment Protection: Stress in the System?, International Centre for the Settlement Investment Disputes Review Foreign Investment Law Journal 24 (2009), 457-463.
 - Begriff, Geschichte und Grundlagen des Internationalen Wirtschaftssystems und Wirtschaftsrechts, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, Berlin 2009, 1-60.
 - Internationales Wirtschaftsrecht und Recht auf Entwicklung als Element einer konstitutionalisierten globalen Friedensordnung, in: Dicke, Klaus/Hobe, Stephan/Meyn, Karl-Ulrich/Peters, Anne/Riedel, Eibe/Schütz, Hans-Joachim/Tietje, Christian (Hrsg.), Weltinnenrecht – Liber amicorum Jost Delbrück, Berlin 2005, 783-813.
- Weiß*, Wolfgang, Shift in Paradigm: From the New International Economic Order to the World Trade Organization – Germany’s Contribution to the Development of International Economic Law, in: Delbrück, Jost/Hofmann, Rainer/Zimmermann, Andreas (Hrsg.), German Yearbook of International Law, Jahrbuch für Internationales Recht Volume 46, Berlin 2004, 171-225.

Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht

(bis Heft 13 erschienen unter dem Titel: Arbeitspapiere aus dem
Institut für Wirtschaftsrecht – ISSN 1619-5388)

ISSN 1612-1368 (print)
ISSN 1868-1778 (elektr.)

Bislang erschienene Hefte

- Heft 1 Wiebe-Katrin Boie, Der Handel mit Emissionsrechten in der EG/EU – Neue Rechtssetzungsinitiative der EG-Kommission, März 2002, ISBN 3-86010-639-2
- Heft 2 Susanne Rudisch, Die institutionelle Struktur der Welthandelsorganisation (WTO): Reformüberlegungen, April 2002, ISBN 3-86010-646-5
- Heft 3 Jost Delbrück, Das Staatsbild im Zeitalter wirtschaftsrechtlicher Globalisierung, Juli 2002, ISBN 3-86010-654-6
- Heft 4 Christian Tietje, Die historische Entwicklung der rechtlichen Disziplinierung technischer Handelshemmnisse im GATT 1947 und in der WTO-Rechtsordnung, August 2002, ISBN 3-86010-655-4
- Heft 5 Ludwig Gramlich, Das französische Asbestverbot vor der WTO, August 2002, ISBN 3-86010-653-8
- Heft 6 Sebastian Wolf, Regulative Maßnahmen zum Schutz vor gentechnisch veränderten Organismen und Welthandelsrecht, September 2002, ISBN 3-86010-658-9
- Heft 7 Bernhard Kluttig/Karsten Nowrot, Der „Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002“ – Implikationen für die Doha-Runde der WTO, September 2002, ISBN 3-86010-659-7
- Heft 8 Karsten Nowrot, Verfassungsrechtlicher Eigentumsschutz von Internet-Domains, Oktober 2002, ISBN 3-86010-664-3
- Heft 9 Martin Winkler, Der Treibhausgas-Emissionsrechtehandel im Umweltvölkerrecht, November 2002, ISBN 3-86010-665-1
- Heft 10 Christian Tietje, Grundstrukturen und aktuelle Entwicklungen des Rechts der Beilegung internationaler Investitionsstreitigkeiten, Januar 2003, ISBN 3-86010-671-6
- Heft 11 Gerhard Kraft/Manfred Jäger/Anja Dreiling, Abwehrmaßnahmen gegen feindliche Übernahmen im Spiegel rechtspolitischer Diskussion und ökonomischer Sinnhaftigkeit, Februar 2003, ISBN 3-86010-647-0
- Heft 12 Bernhard Kluttig, Welthandelsrecht und Umweltschutz – Kohärenz statt Konkurrenz, März 2003, ISBN 3-86010-680-5
- Heft 13 Gerhard Kraft, Das Corporate Governance-Leitbild des deutschen Unternehmenssteuerrechts: Bestandsaufnahme – Kritik – Reformbedarf, April 2003, ISBN 3-86010-682-1

- Heft 14 Karsten Nowrot/Yvonne Wardin, Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung – Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser als Aufgabe einer transnationalen Verantwortungsgemeinschaft, Juni 2003, ISBN 3-86010-686-4
- Heft 15 Alexander Böhmer/Guido Glania, The Doha Development Round: Reintegrating Business Interests into the Agenda – WTO Negotiations from a German Industry Perspective, Juni 2003, ISBN 3-86010-687-2
- Heft 16 Dieter Schneider, „Freimütige, lustige und ernsthafte, jedoch vernunft- und gesetzmäßige Gedanken“ (Thomasius) über die Entwicklung der Lehre vom gerechten Preis und fair value, Juli 2003, ISBN 3-86010-696-1
- Heft 17 Andy Ruzik, Die Anwendung von Europarecht durch Schiedsgerichte, August 2003, ISBN 3-86010-697-X
- Heft 18 Michael Slonina, Gesundheitsschutz contra geistiges Eigentum? Aktuelle Probleme des TRIPS-Übereinkommens, August 2003, ISBN 3-86010-698-8
- Heft 19 Lorenz Schomerus, Die Uruguay-Runde: Erfahrungen eines Chef-Unterhändlers, September 2003, ISBN 3-86010-704-6
- Heft 20 Michael Slonina, Durchbruch im Spannungsverhältnis TRIPS and Health: Die WTO-Entscheidung zu Exporten unter Zwangslizenzen, September 2003, ISBN 3-86010-705-4
- Heft 21 Karsten Nowrot, Die UN-Norms on the Responsibility of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights – Gelungener Beitrag zur transnationalen Rechtsverwirklichung oder das Ende des Global Compact?, September 2003, ISBN 3-86010-706-2
- Heft 22 Gerhard Kraft/Ronald Krengel, Economic Analysis of Tax Law – Current and Past Research Investigated from a German Tax Perspective, Oktober 2003, ISBN 3-86010-715-1
- Heft 23 Ingeborg Fogt Bergby, Grundlagen und aktuelle Entwicklungen im Streitbeilegungsrecht nach dem Energiechartavertrag aus norwegischer Perspektive, November 2003, ISBN 3-86010-719-4
- Heft 24 Lilian Habermann/Holger Pietzsch, Individualrechtsschutz im EG-Antidumpingrecht: Grundlagen und aktuelle Entwicklungen, Februar 2004, ISBN 3-86010-722-4
- Heft 25 Matthias Hornberg, Corporate Governance: The Combined Code 1998 as a Standard for Directors' Duties, März 2004, ISBN 3-86010-724-0
- Heft 26 Christian Tietje, Current Developments under the WTO Agreement on Subsidies and Countervailing Measures as an Example for the Functional Unity of Domestic and International Trade Law, März 2004, ISBN 3-86010-726-7
- Heft 27 Henning Jessen, Zollpräferenzen für Entwicklungsländer: WTO-rechtliche Anforderungen an Selektivität und Konditionalität – Die GSP-Entscheidung des WTO Panel und Appellate Body, Mai 2004, ISBN 3-86010-730-5

- Heft 28 Tillmann Rudolf Braun, Investment Protection under WTO Law – New Developments in the Aftermath of Cancún, Mai 2004, ISBN 3-86010-731-3
- Heft 29 Juliane Thieme, Latente Steuern – Der Einfluss internationaler Bilanzierungsvorschriften auf die Rechnungslegung in Deutschland, Juni 2004, ISBN 3-86010-733-X
- Heft 30 Bernhard Kluttig, Die Klagebefugnis Privater gegen EU-Rechtsakte in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes: Und die Hoffnung stirbt zuletzt..., September 2004, ISBN 3-86010-746-1
- Heft 31 Ulrich Immenga, Internationales Wettbewerbsrecht: Unilateralismus, Bilateralismus, Multilateralismus, Oktober 2004, ISBN 3-86010-748-8
- Heft 32 Horst G. Krenzler, Die Uruguay Runde aus Sicht der Europäischen Union, Oktober 2004, ISBN 3-86010-749-6
- Heft 33 Karsten Nowrot, Global Governance and International Law, November 2004, ISBN 3-86010-750-X
- Heft 34 Ulrich Beyer/Carsten Oehme/Friederike Karmrodt, Der Einfluss der Europäischen Grundrechtecharta auf die Verfahrensgarantien im Unionsrecht, November 2004, ISBN 3-86010-755-0
- Heft 35 Frank Rieger/Johannes Jester/ Michael Sturm, Das Europäische Kartellverfahren: Rechte und Stellung der Beteiligten nach Inkrafttreten der VO 1/03, Dezember 2004, ISBN 3-86010-764-X
- Heft 36 Kay Wissenbach, Systemwechsel im europäischen Kartellrecht: Dezentralisierte Rechtsanwendung in transnationalen Wettbewerbsbeziehungen durch die VO 1/03, Februar 2005, ISBN 3-86010-766-6
- Heft 37 Christian Tietje, Die Argentinien-Krise aus rechtlicher Sicht: Staatsanleihen und Staateninsolvenz, Februar 2005, ISBN 3-86010-770-4
- Heft 38 Matthias Bickel, Die Argentinien-Krise aus ökonomischer Sicht: Herausforderungen an Finanzsystem und Kapitalmarkt, März 2005, ISBN 3-86010-772-0
- Heft 39 Nicole Steinat, Comply or Explain – Die Akzeptanz von Corporate Governance Kodizes in Deutschland und Großbritannien, April 2005, ISBN 3-86010-774-7
- Heft 40 Karoline Robra, Welthandelsrechtliche Aspekte der internationalen Besteuerung aus europäischer Perspektive, Mai 2005, ISBN 3-86010-782-8
- Heft 41 Jan Bron, Grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften in der EG, Juli 2005, ISBN 3-86010-791-7
- Heft 42 Christian Tietje/Sebastian Wolf, REACH Registration of Imported Substances – Compatibility with WTO Rules, July 2005, ISBN 3-86010-793-3
- Heft 43 Claudia Decker, The Tension between Political and Legal Interests in Trade Disputes: The Case of the TEP Steering Group, August 2005, ISBN 3-86010-796-8

- Heft 44 Christian Tietje (Hrsg.), Der Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO), August 2005, ISBN 3-86010-798-4
- Heft 45 Wang Heng, Analyzing the New Amendments of China's Foreign Trade Act and its Consequent Ramifications: Changes and Challenges, September 2005, ISBN 3-86010-802-6
- Heft 46 James Bacchus, Chains Across the Rhine, October 2005, ISBN 3-86010-803-4
- Heft 47 Karsten Nowrot, The New Governance Structure of the Global Compact – Transforming a “Learning Network” into a Federalized and Parliamentarized Transnational Regulatory Regime, November 2005, ISBN 3-86010-806-9
- Heft 48 Christian Tietje, Probleme der Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels – Stärken und Schwächen des GATS, November 2005, ISBN 3-86010-808-5
- Heft 49 Katja Moritz/Marco Gesse, Die Auswirkungen des Sarbanes-Oxley Acts auf deutsche Unternehmen, Dezember 2005, ISBN 3-86010-813-1
- Heft 50 Christian Tietje/Alan Brouder/Karsten Nowrot (eds.), Philip C. Jessup's *Transnational Law* Revisited – On the Occasion of the 50th Anniversary of its Publication, February 2006, ISBN 3-86010-825-5
- Heft 51 Susanne Probst, Transnationale Regulierung der Rechnungslegung – International Accounting Standards Committee Foundation und Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee, Februar 2006, ISBN 3-86010-826-3
- Heft 52 Kerstin Rummel, Verfahrensrechte im europäischen Arzneimittelzulassungsrecht, März 2006, ISBN 3-86010-828-X
- Heft 53 Marko Wohlfahrt, Gläubigerschutz bei EU-Auslandsgesellschaften, März 2006, ISBN (10) 3-86010-831-X, ISBN (13) 978-3-86010-831-4
- Heft 54 Nikolai Fichtner, The Rise and Fall of the Country of Origin Principle in the EU's Services Directive – Uncovering the Principle's Premises and Potential Implications –, April 2006, ISBN (10) 3-86010-834-4, ISBN (13) 978-3-86010-834-5
- Heft 55 Anne Reinhardt-Salcinovic, Informelle Strategien zur Korruptionsbekämpfung – Der Einfluss von Nichtregierungsorganisationen am Beispiel von Transparency International –, Mai 2006, ISBN (10) 3-86010-840-9, ISBN (13) 978-3-86010-840-6
- Heft 56 Marius Rochow, Die Maßnahmen von OECD und Europarat zur Bekämpfung der Bestechung, Mai 2006, ISBN (10) 3-86010-842-5, ISBN (13) 978-3-86010-842-0
- Heft 57 Christian J. Tams, An Appealing Option? The Debate about an ICSID Appellate Structure, Juni 2006, ISBN (10) 3-86010-843-3, ISBN (13) 978-3-86010-843-7
- Heft 58 Sandy Hamelmann, Internationale Jurisdiktionskonflikte und Vernetzungen transnationaler Rechtsregime – Die Entscheidungen des Panels und des Appellate Body der WTO in Sachen “Mexico – Tax Measures on Soft Drinks and Other Beverages” –, Juli 2006, ISBN (10) 3-86010-850-6, ISBN (13) 978-3-86010-850-5
- Heft 59 Torje Sunde, Möglichkeiten und Grenzen innerstaatlicher Regulierung nach Art. VI GATS, Juli 2006, ISBN (10) 3-86010-849-2, ISBN (13) 978-3-86010-849-9

- Heft 60 Kay Wissenbach, Schadenersatzklagen gegen Kartellmitglieder – Offene Fragen nach der 7. Novellierung des GWB, August 2006, ISBN (10) 3-86010-852-2, ISBN (13) 978-3-86010-852-9
- Heft 61 Sebastian Wolf, Welthandelsrechtliche Rahmenbedingungen für die Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen – Multilaterale Investitionsverhandlungen oder Rückbesinnung auf bestehende Investitionsregelungen im Rahmen der WTO?, September 2006, ISBN (10) 3-86010-860-3, ISBN (13) 978-3-86010-860-4
- Heft 62 Daniel Kirmse, Cross-Border Delisting – Der Börsenrückzug deutscher Aktiengesellschaften mit Zweitnotierungen an ausländischen Handelsplätzen, Oktober 2006, ISBN (10) 3-86010-861-1, ISBN (13) 978-3-86010-861-1
- Heft 63 Karoline Kampermann, Aktuelle Entwicklungen im internationalen Investitionsschutzrecht mit Blick auf die staatliche Steuersouveränität, Dezember 2006, ISBN (10) 3-86010-879-4, ISBN (13) 978-3-86010-879-6
- Heft 64 Maria Pätz, Die Auswirkungen der Zinsrichtlinie innerhalb der EU und im Verhältnis zur Schweiz, April 2007, ISBN 978-3-86010-904-5
- Heft 65 Norman Hölzel, Kartellrechtlicher Individualrechtsschutz im Umbruch – Neue Impulse durch Grünbuch und *Zementkartell*, Mai 2007, ISBN 978-3-86010-903-8
- Heft 66 Karsten Nowrot, Netzwerke im Transnationalen Wirtschaftsrecht und Rechtsdogmatik, Mai 2007, ISBN 978-3-86010-908-3
- Heft 67 Marzena Przewlocka, Die rechtliche Regelung von Directors' Dealings in Deutschland und Polen – unter Berücksichtigung der Neuerungen durch das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz –, Juni 2007, ISBN 978-3-86010-909-0
- Heft 68 Steffen Fritzsche, Open Skies EU-USA – an extraordinary achievement!? August 2007, ISBN 978-3-86010-933-5
- Heft 69 Günter Hirsch, Internationalisierung und Europäisierung des Privatrechts, September 2007, ISBN 978-3-86010-922-9
- Heft 70 Karsten Nowrot, The Relationship between National Legal Regulations and CSR Instruments: Complementary or Exclusionary Approaches to Good Corporate Citizenship? Oktober 2007, ISBN 978-3-86010-945-8
- Heft 71 Martin Brenncke, Is “fair use” an option for U.K. copyright legislation? November 2007, ISBN 978-3-86010-963-2
- Heft 72 Rainer Bierwagen, Das Grünbuch der Europäischen Kommission zu den handelspolitischen Schutzinstrumenten der EG – ein Meilenstein in der Reformdebatte? November 2007, ISBN 978-3-86010-966-3
- Heft 73 Murad L. Wisniewski, Employee involvement in multinational corporations – A European perspective, Februar 2008, ISBN 978-3-86010-996-0
- Heft 74 Christian Tietje/Karsten Nowrot/Clemens Wackernagel, Once and Forever? The Legal Effects of a Denunciation of ICSID, March 2008, ISBN 978-3-86829-011-0

- Heft 75 Christian Tietje/Bernhard Kluttig, Beschränkungen ausländischer Unternehmensbeteiligungen und -übernahmen – Zur Rechtslage in den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien, Mai 2008, ISBN 978-3-86829-035-6
- Heft 76 Daniel Scharf, Die Kapitalverkehrsfreiheit gegenüber Drittstaaten, Juni 2008, ISBN 978-3-86829-048-6
- Heft 77 Martina Franke, Chinas Währungspolitik in der Kritik des US-amerikanischen und des internationalen Wirtschaftsrechts, August 2008, ISBN 978-3-86829-069-1
- Heft 78 Christian Tietje, The Applicability of the Energy Charter Treaty in ICSID Arbitration of EU Nationals vs. EU Member States, September 2008, ISBN 978-3-86829-071-4
- Heft 79 Martin Brenncke, The EU Roaming Regulation and its non-compliance with Article 95 EC, October 2008, ISBN 978-3-86829-078-3
- Heft 80 Katharina Winzer, Der Umzug einer GmbH in Europa – Betrachtungen im Lichte der Rechtsprechung des EuGH sowie der aktuellen Gesetzgebung, November 2008, ISBN 978-3-86829-083-7
- Heft 81 Jürgen Bering, Die rechtliche Behandlung von ‚Briefkastenfirmen‘ nach Art. 17 ECT und im allgemeinen internationalen Investitionsschutzrecht, Dezember 2008, ISBN 978-3-86829-101-8
- Heft 82 Clemens Wackernagel, Das Verhältnis von treaty und contract claims in der internationalen Investitionsschiedsgerichtsbarkeit, Januar 2009, ISBN 978-3-86829-103-2
- Heft 83 Christian Tietje, Die Außenwirtschaftsverfassung der EU nach dem Vertrag von Lissabon, Januar 2009, ISBN 978-3-86829-105-6
- Heft 84 Martina Franke, Historische und aktuelle Lösungsansätze zur Rohstoffversorgungssicherheit, Februar 2009, ISBN 978-3-86829-127-8
- Heft 85 Hans Tietmeyer, Währungs- und Finanzmarktstabilität als Aufgabe – Rückblick und Perspektiven, März 2009, ISBN 978-3-86829-119-3
- Heft 86 Wolfgang Ramsteck, Die Germany Trade and Invest GmbH und die Reformen der Außenwirtschaftsförderung des Bundes: Eine Kopie des britischen Ansatzes?, März 2009, ISBN 978-3-86829-129-2
- Heft 87 Sven Leif Erik Johannsen, Der Investitionsbegriff nach Art. 25 Abs. 1 der ICSID-Konvention, April 2009, ISBN 978-3-86829-131-5
- Heft 88 Koresuke Yamauchi, Das globale Internationale Privatrecht im 21. Jahrhundert – Wendung des klassischen Paradigmas des IPRs zur Globalisierung, Mai 2009, ISBN 978-3-86829-148-3
- Heft 89 Dana Ruddigkeit, Border Tax Adjustment an der Schnittstelle von Welthandelsrecht und Klimaschutz vor dem Hintergrund des Europäischen Emissionszertifikatehandels, Juli 2009, ISBN 978-3-86829-151-3

- Heft 90 Sven Leif Erik Johannsen, Die Kompetenz der Europäischen Union für ausländische Direktinvestitionen nach dem Vertrag von Lissabon, August 2009, ISBN 978-3-86829-155-1
- Heft 91 André Duczek, Rom II-VO und Umweltschädigung – Ein Überblick, September 2009, ISBN 978-3-86829-175-9
- Heft 92 Carsten Quilitzsch, Projektfinanzierung als Mittel zur Umsetzung inter-nationaler Rohstoffvorhaben, Oktober 2009, ISBN 978-3-86829-183-4
- Heft 93 Christian Tietje, Internationales Investitionsschutzrecht im Spannungsverhältnis von staatlicher Regelungsfreiheit und Schutz wirtschaftlicher Individualinteressen, Februar 2010, ISBN 978-3-86829-218-3
- Heft 94 Carsten Quilitzsch, Grenzüberschreitende Verlustverrechnung bei gewerblichen Betriebsstätten und Tochterkapitalgesellschaften in der Europäischen Union – Eine ökonomische Analyse, März 2010, ISBN 978-3-86829-259-6
- Heft 95 Christian Maurer, Die gesetzlichen Maßnahmen in Deutschland zur Finanzmarktstabilisierung 2008 und 2009 – verfassungs- und europarechtliche Probleme, April 2010, ISBN 978-3-86829-273-2
- Heft 96 Karsten Nowrot, International Investment Law and the Republic of Ecuador: From Arbitral Bilateralism to Judicial Regionalism, Mai 2010, ISBN 978-3-86829-276-3
- Heft 97 Diemo Dietrich/Jasper Finke/Christian Tietje, Liberalization and Rules on Regulation in the Field of Financial Services in Bilateral Trade and Regional Integration Agreements, Juni 2010, ISBN 978-3-86829-278-7
- Heft 98 Stefan Hoffmann, Bad Banks als Mittel zur Bewältigung der Wirtschaftskrise – Ein Vergleich der Modelle Deutschlands, der Schweiz, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, Juli 2010, ISBN 978-3-86829-283-1
- Heft 99 Alexander Grimm, Das Schicksal des in Deutschland belegenen Vermögens der Limited nach ihrer Löschung im englischen Register, September 2010, ISBN 978-3-86829-293-0
- Heft 100 Ernst-Joachim Mestmäcker, Die Wirtschaftsverfassung der EU im globalen Systemwettbewerb, März 2011, ISBN 978-3-86829-346-3
- Heft 101 Daniel Scharf, Das Komitologieverfahren nach dem Vertrag von Lissabon – Neuerungen und Auswirkungen auf die Gemeinsame Handelspolitik, Dezember 2010, ISBN 978-3-86829-308-1
- Heft 102 Matthias Böttcher, „Clearstream“ – Die Fortschreibung der Essential Facilities-Doktrin im Europäischen Wettbewerbsrecht, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-318-0
- Heft 103 Dana Ruddigkeit, Die kartellrechtliche Beurteilung der Kopplungsgeschäfte von *eBay* und *PayPal*, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-316-6
- Heft 104 Christian Tietje, Bilaterale Investitionsschutzverträge zwischen EU-Mitgliedstaaten (Intra-EU-BITs) als Herausforderung im Mehrebenen-system des Rechts, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-320-3

- Heft 105 Jürgen Bering/Tillmann Rudolf Braun/Ralph Alexander Lorz/Stephan W. Schill/Christian J. Tams/Christian Tietje, General Public International Law and International Investment Law – A Research Sketch on Selected Issues –, März 2011, ISBN 978-3-86829-324-1
- Heft 106 Christoph Benedict/Patrick Fiedler/Richard Happ/Stephan Hobe/Robert Hunter/Lutz Kniprath/Ulrich Klemm/Sabine Konrad/Patricia Nacimiento/Hartmut Paulsen/Markus Perkams/Marie Louise Seelig/Anke Sessler, The Determination of the Nationality of Investors under Investment Protection Treaties, März 2011, ISBN 978-3-86829-341-8
- Heft 107 Christian Tietje, Global Information Law – Some Systemic Thoughts, April 2011, ISBN 978-3-86829-354-8
- Heft 108 Claudia Koch, Incentives to Innovate in the Conflicting Area between EU Competition Law and Intellectual Property Protection – Investigation on the Microsoft Case, April 2011, ISBN 978-3-86829-356-2
- Heft 109 Christian Tietje, Architektur der Weltfinanzordnung, Mai 2011, ISBN 978-3-86829-358-6
- Heft 110 Kai Hennig, Der Schutz geistiger Eigentumsrechte durch internationales Investitionsschutzrecht, Mai 2011, ISBN 978-3-86829-362-3
- Heft 111 Dana Ruddigkeit, Das Financial Stability Board in der internationalen Finanzarchitektur, Juni 2011, ISBN 978-3-86829-369-2
- Heft 112 Beatriz Huarte Melgar/Karsten Nowrot/Wang Yuan, The 2011 Update of the OECD Guidelines for Multinational Enterprises: Balanced Outcome or an Opportunity Missed?, Juni 2011, ISBN 978-3-86829-380-7
- Heft 113 Matthias Müller, Die Besteuerung von Stiftungen im nationalen und grenzüberschreitenden Sachverhalt, Juli 2011, ISBN 978-3-86829-385-2
- Heft 114 Martina Franke, WTO, China – Raw Materials: Ein Beitrag zu fairem Rohstoffhandel?, November 2011, ISBN 978-3-86829-419-4
- Heft 115 Tilman Michael Dralle, Der Fair and Equitable Treatment-Standard im Investitionsschutzrecht am Beispiel des Schiedsspruchs *Glamis Gold v. United States*, Dezember 2011, ISBN 978-3-86829-433-0
- Heft 116 Steffen Herz, Emissionshandel im Luftverkehr: Zwischen EuGH-Entscheidung und völkerrechtlichen Gegenmaßnahmen?, Januar 2012, ISBN 978-3-86829-447-7
- Heft 117 Maria Joswig, Die Geschichte der Kapitalverkehrskontrollen im IWF-Übereinkommen, Februar 2012, ISBN 978-3-86829-451-4
- Heft 118 Christian Pitschas/Hannes Schloemann, WTO Compatibility of the EU Seal Regime: Why Public Morality is Enough (but May not Be Necessary) – The WTO Dispute Settlement Case “European Communities – Measures Prohibiting the Importation and Marketing of Seal Products”, Mai 2012, ISBN 978-3-86829-484-2
- Heft 119 Karl M. Meessen, Auf der Suche nach einem der Wirtschaft gemäßen Wirtschaftsrecht, Mai 2012, ISBN 978-3-86829-488-0

Heft 120 Christian Tietje, Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich – Kohärenz von Staaten- und Unternehmensverantwortung?, Juni 2012, ISBN 978-3-86829-495-8